

Überparteiliche Fraueninitiative
Berlin – Stadt der Frauen e.V.
Beirat Wohnungs- und Obdachlosigkeit von Frauen



Berlin, den 16.11.2020

**Positionspapier
der Überparteilichen Fraueninitiative Berlin-Stadt der Frauen e.V.
Beirat Wohnungs- und Obdachlosigkeit von Frauen**

Corona und die Krise der Frauen in der Wohnungsnotfallhilfe

Corona hat es auf den Punkt gebracht:

Frauen tragen nach wie vor die Hauptlast bei der Versorgung von Kindern, Frauen arbeiten verstärkt in Teilzeit und in prekären Beschäftigungsbereichen. Sie sind vermehrt in sozialen Berufen und im Dienstleistungssektor zu finden.

Home-Office kommt für viele Frauen nicht in Frage oder löst keine Probleme, sondern ganz im Gegenteil: Home-Office schafft oft genug neue Probleme.

Die geforderte Omnipräsenz und Leistung von Frauen insbesondere in Krisenzeiten wurde und wird immer deutlicher.

Die häusliche Angebundenheit im Lockdown, die geforderte Präsenz für Kinder auch im Home Schooling Ansprechpartnerin zu sein, erhöht die Spannungen in Familien, insbesondere wenn bereits zuvor schon soziale Schwierigkeiten zu bewältigen waren.

Die erste repräsentative Umfrage zu Gewalt in Corona Zeiten der Technischen Universität München von 06/20 (<https://www.tum.de/die-tum-aktuelles/pressemitteilungen/details/36053>) spricht deutliche Worte:

„Rund 3 Prozent der Frauen in Deutschland wurden zu Hause in der Zeit der strengen Kontaktbeschränkungen Opfer körperlicher Gewalt, 3,6 Prozent wurden von ihrem Partner vergewaltigt. In 6,5 Prozent aller Haushalte wurden Kinder gewalttätig bestraft.“

Einkommens-, und Arbeitsplatzverluste, Gewalterfahrungen, hohe Belastungen durch zusätzliche Aufgaben in der Kindererziehung und Kinderunterstützung prägen bis heute für viele Frauen ihre aktuelle Lebenssituation unter Pandemiebedingungen.

Gibt es hierzu auch noch keine verlässlichen Zahlen, ist aufgrund der oben genannten Ausgangslage davon auszugehen, dass es auch und insbesondere Frauen sind, die ein hohes Risiko tragen, wohnungslos zu werden. Insbesondere Alleinerziehende mit Kindern werden es aber in Folge schwer haben, bezahlbaren Wohnraum auf dem angespannten Berliner Wohnungsmarkt zu finden.

Zwar haben die Berliner Politik und die zuständigen Senatsverwaltungen im Bereich der allgemeinen Wohnungsnotfallhilfe in der Krise auch schnell reagiert und zusätzliche Angebote geschaffen, aber die besonderen Bedarfe von wohnungslosen Frauen sind nicht in ausreichendem Maße berücksichtigt worden.

Die drei neu eingerichteten Einrichtungen im 24/7 Modus wurden ausschließlich gemischtgeschlechtlich vorgehalten. Frauen wurden lediglich auf separate Etagen oder anders abgetrennte Bereiche verwiesen. Die Anerkennung jahrelang erkämpfter frauenspezifischer Bedarfe, die zwingend eine Unterbringung ausschließlich für Frauen vorsieht, wurde gänzlich außer Acht gelassen.

Die bereits vor Corona existierenden vier Frauen-Notübernachtungen waren aufgrund der notwendigen Platzreduzierung maximal ausgelastet und mussten die Aufnahme von bis zu 190 Anfragen von Frauen im Monat Mai ablehnen (im Februar ohne Corona „nur“ 84 abgelehnte Anfragen).

Was bedeutet das für die Politik und was für die Verbände?

Was lernen wir aus dieser Krise, die noch immer anhält?

Welche Maßnahmen sollten umgehend umgesetzt werden?

Unsere Forderungen

um der spezifischen Situation von Frauen in Wohnungsnot gerecht zu werden:

- Unterbringung von Frauen mit und ohne Kinder ausschließlich in hierfür eigene Immobilien, keine gemischtgeschlechtliche Unterbringung
- Sicherstellung der frauenspezifischen Angebote der Wohnungsnotfallhilfe wie z. B. die Krisen- und Clearingeinrichtung für Frauen, Housing First für Frauen, Notübernachtungen
- Schaffung zusätzlicher Einrichtungen/Angebote, so dass die Platzkapazität unter Wahrung der Abstandsregeln zumindest erhalten bleibt
- Aufrechterhaltung der Finanzierung für eine 24/7-Ausstattung frauenspezifischer Notübernachtungen und Kältehilfe, um eine gesicherte Rückzugsmöglichkeit auch tagsüber zu gewährleisten (z. B. auch bei Quarantäne). Tagesaufenthalte ausschließlich für Frauen sicherstellen
- Gewährleistung psychologischer Beratung für Frauen in Wohnungsnot, auf Grund der ohnehin hohen psychischen Belastung. In Pandemiezeiten steigt diese Belastung (u.a. durch häusliche Gewalt, weniger Trennungsmöglichkeiten, siehe auch Quarantäne)
- Sicherstellung frauenspezifischer Gesundheitsangebote für alle Frauen auch während der Pandemie (z. B. Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen)
- Aussetzung von Räumungen und Übernahme von Mietschulden, wenn diese auf Grund von pandemiebedingten finanziellen Einbußen entstanden sind
- Aufbau und Zugang zu einer technischen Ausstattung zur Aufrechterhaltung der Leistungsangebote für alle involvierten Akteur*innen
- Schaffung eines zusätzlichen verbandsübergreifenden Personalpools für Krisenzeiten z. B. bei Quarantäne oder Krankheitsnotstand
- Erreichbarkeit aller Behörden/Ämter auch während der Pandemie gewährleisten

Unabhängig des generellen Mehrbedarfes an frauenspezifischen Angeboten im Bereich der Wohnungsnotfallhilfe ist es gerade in Krisenzeiten notwendig, den besonders vulnerablen Zielgruppen Hilfe zukommen zu lassen. Hierzu gehören vorrangig Frauen mit und ohne Kinder in Wohnungsnot. Der Erhalt oder die Bereitstellung von Wohnraum beinhaltet insbesondere für Frauen mit Gewalterfahrung ein existentielles Bedürfnis für Rückzug, Sicherheit und Schutz.

In Zeiten der Pandemie und finanzieller Haushaltsengpässe muss zwingend gewährleistet werden, dass Einsparungen nicht zu Lasten der Schwächsten gehen. Gerade Frauen mit ihren besonderen Bedarfen müssen geschützt und bedarfsgerecht versorgt werden.

Für die Mitglieder der Überparteilichen Fraueninitiative Berlin – Stadt der Frauen e.V. und ihres Beirats Wohnungs- und Obdachlosigkeit von Frauen:

Carola v. Braun, Vorstand Überparteiliche Fraueninitiative Berlin-Stadt der Frauen e.V.

Birgit Münchow, Arbeiterwohlfahrt Landesverband Berlin e.V.

Elke Ihrlich, Sozialdienst katholischer Frauen e.V. Berlin

Ingrun Hoffknecht, Bürgerhilfe K.d.H. gGmbH.